



Arbeitseinheit 09

Zielgruppenspezifische Gesundheitsarbeit

Thema der Arbeitseinheit 09 war die zielgruppenspezifische Gesundheitsarbeit. Die Bürger wurden von Referenten des Sozialverbandes VdK, der LAGH (Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte“) und der AIDS-Hilfe stellvertretend über die gesundheitlichen Belange und Probleme spezieller Gruppen der Gesellschaft informiert. Im Rahmen des Bürgergutachtens sollte an dieser Stelle bedacht werden, dass es besondere Gruppen, oft zahlenmäßig klein, gibt, die besonderer Berücksichtigung bedürfen, weil deren Probleme meist der breiten Bevölkerung nicht unmittelbar präsent sind.

In der Arbeitseinheit 09 ging es vorrangig um Information. Die Bürgergutachter sollten wichtige Aspekte erfahren und kurz besprechen, die sie für ihre weitere

Arbeit am Bürgergutachten benötigten. Deshalb gab es in dieser Arbeitseinheit keine Bepunktung von Vorschlägen. Die Bürger sammelten in einer kurzen Gruppenarbeit nur Gedanken und Ideen, die für die weitere Arbeit in diesen vier Tagen bestimmt waren.

Die Bürgergutachter möchten die Solidarität in der Gesellschaft erhalten. Menschliche Werte müssten wieder in den Vordergrund treten. Alte Menschen sollten respektiert und private Initiativen für Senioren sollten organisiert werden. Öffentliche Einrichtungen müssten behindertengerecht umgestaltet werden, eine Barrierefreiheit sei anzustreben. Es wird mehr Mitsprache chronisch Kranker durch die Sozialverbände gefordert, Selbsthilfegruppen müssten bekannt gemacht und

unterstützt werden. Mehr Vorsorgeuntersuchungen werden gefordert. Vorbeugung solle auch durch Aufklärung geschehen, vor allem an Schulen. Speziell die AIDS-Aufklärung für die breite Bevölkerung müsse intensiviert werden.

Mehr AIDS-Beratungsstellen seien einzurichten. Wünschenswert seien eine verstärkte Anerkennung von Ehrenamt und freiwilligen Diensten und ein Überdenken des Schönheits- und Jugendlichkeitsideals unserer Gesellschaft. Gefordert wird eine bessere Integration von Ausländern und deren regelmäßige gesundheitliche Untersuchung, eventuell ein Pflicht-AIDS-Test. Besprochen wurde von teilnehmenden Bürgern auch, dass die Wünsche Sterbender grundsätzlich respektiert werden sollten.



Arbeitseinheit 10

Mittelaufbringung der gesetzlichen Krankenversicherung

Bitte schlagen Sie vor, wie die Leistungen des Gesundheitswesens finanziert werden sollen.	Punkte
Alle sollen Beiträge zahlen (außer Kinder), für jede Einkommensart	340
Mehr Kostentransparenz	186
Alkohol- und Tabaksteuer soll zweckgebunden ins Gesundheitswesen fließen	133
Bonussystem für Versicherte bei regelmäßiger Vorsorge	123
Modell „Bürgerversicherung“ einführen	117
Risikoversicherung (für Raucher, Extremsportler etc.)	112
Solidarprinzip wahren (keine Risikoselektierung, weiterhin Unterstützung Bedürftiger)	93
Beitragssatz gestaffelt nach Einkommen	77
Mehr Prävention	72
Strengere Kontrollen/Auflagen für Pharmaindustrie	60
Bedarfsgerechter Beitragssatz	44
Kassenärztliche Vereinigung abschaffen	44
Allgemein bessere Organisation (z. B. Gemeinschaftspraxen einrichten, Doppeluntersuchungen vermeiden)	42
Gesunde und arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger sollen auch einen Beitrag leisten, evtl. als Sachleistung	40
Mehr Wettbewerb	38
Private Krankenversicherung auflösen	38
Besserverdienende stärker belasten	37
Versicherungsfremde Leistungen aus der GKV herausnehmen	28
Keine Zuzahlung bei Präventivmaßnahmen	26
Weniger Krankenkassen	25
Zusatzversicherungen anbieten	25
Zuzahlungen zu allen Leistungen (nach Einkommen gestaffelt)	24

In AE 10 machten sich die Bürgergutachter Gedanken über die Finanzierung der Leistungen des Gesundheitssystems, speziell der gesetzlichen Krankenversicherung (Krankenkassen). Diese Arbeitseinheit hatte nicht zum Ziel, eine für sich genommen perfekte Finanzierung für das deutsche Gesundheitswesen zu erfinden, sondern es handelt sich um Denkanstöße, die für die Bürger wichtig waren für ihre weitere Arbeit am Bürgergutachten. Nur Grundsätze der Mittelaufbringung waren aufzustellen.

An erster Stelle steht die Forderung, dass **alle Beiträge zahlen sollen**, außer natürlich Kinder, und **für jede Einkommensart**, also zum Beispiel auch für Zinserträge und Mieteinnahmen. Dieser Wunsch wurde sehr allgemein verstanden und nicht ausdrücklich mit dem Modell „Bürgerversicherung“ verbunden.

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

– Fortsetzung –	
Ausschluss von im Ausland lebenden Angehörigen aus Leistungen der GKV (Ausländer)	21
Fürsorgeversicherung (Einwanderer, Arbeitslose) aus Steuermitteln finanzieren	20
Mehr Selbstverantwortung der Leistungsnehmer	18
Gesundheitspass einführen	18
Modell „Kopfpauschalen“ einführen	16
Arzt soll sich mehr um Patienten kümmern (gründliche Anamnese etc.)	15
Familien bevorzugen	14
Strengere Kontrolle der Krankenkasse	13
Zwei-Klassen-System abschaffen	10
Sonstige Einzelempfehlungen	67
Gesamtpunktzahl	1936

Die höchste Zustimmung erreichte dieser Vorschlag in Landshut, die niedrigste in Bad Kissingen. Die ausdrückliche Forderung, die Bürgerversicherung einzuführen, bildet einen eigenen Punkt, wobei hier die Zustimmung vor allem in Kronach und Neustadt an der Waldnaab hoch war.

Sehr wichtig ist für die Bürger auch, eine **Transparenz** der Kosten herzustellen. Viele möchten, dass die **Alkohol- und Tabaksteuer zweckgebunden** für die Finanzierung der Gesundheitssysteme verwendet wird. Es sollte ein **Bonussystem** geben, mit dem regelmäßige Vorsorge belohnt wird. Manche wollen auch eine zusätzliche Risikoversicherung, für alle, die aus eigenem Willen ein besonderes Gesundheitsrisiko in Kauf nehmen, also zum Beispiel Raucher oder Extremsportler.



Arbeitseinheit 11

Mittelverwendung der gesetzlichen Krankenversicherung

In der Arbeitseinheit 10 waren die Grundsätze bearbeitet worden, nach denen die Krankenkassen ihre Mittel erhalten sollen. Die Arbeitseinheit 11 behandelte die Ausgaben, und zwar die Ausgaben für die Prävention. Zunächst legten die Bürgergutachter fest, wie viel von den Gesamtausgaben für Prävention verwendet werden soll. Sie gaben dazu einen Prozentsatz an, der im Sinne einer Gewichtung der Prävention im System der gesetzlichen Krankenversicherung zu verstehen ist.

Prozente für Prävention

Von allen Ausgaben der Krankenkassen sollen **10,9 Prozent für Prävention** verwendet werden. Das ist der Durchschnitt aller einzelnen Prozentsätze, die gewählt wurden. (Derzeit sind es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes etwa 2,9 Prozent.)

Die vorgeschlagenen Größen reichen von 1 bis 50 Prozent. Am häufigsten wurde die Zahl von 10 Prozent genannt (100 Bürgergutachter haben sich dafür entschieden). Am zweithäufigsten wurde ein Anteil von 5 Prozent gewünscht (von 57 Bürgergutachtern).

Dabei gibt es auch örtliche Unterschiede: Die Landshuter entschieden sich mit durchschnittlich 17 Prozent für den höchsten Präventionsanteil; die Augsburgsburger mit durchschnittlich 7 Prozent für den niedrigsten.

Welche Leistungen für Prävention und Gesundheitsförderung sollen die Krankenkassen vorrangig bezahlen?	Punkte
Vorsorgeuntersuchungen (darunter: Krebsvorsorge 178; besonders für Kinder und Jugendliche 54; Zähne 51; Herz und Kreislauf 39; regelmäßig 36; Augen 30)	880
Kurse, Schulungen, Beratung, Gesundheitserziehung und Aufklärung (darunter: in Kindergarten und Schule 71; Kochkurse und Ernährung 57; Stressbewältigung und Entspannung 35; Rückenschulung 26)	414
Impfungen	151
Sport und Bewegung	88
Kuren	62
Alternativmedizin (Homöopathie, Akupunktur, Naturheilkunde; mit entsprechender Ausbildung der Ärzte)	55
Alle Präventionen	44
Psychologische Beratung, Betreuung und Therapie	36
Suchtberatung, -therapie und -prävention	32
Selbsthilfe- und Therapiegruppen, Vereine, die Prävention anbieten	26
Hilfsmittel (ausreichend, auch für Behinderte und chronisch Kranke)	20
Zahnärztliche Versorgung, Zahnversiegelungen	19
Ernährungsprogramme	18
Frühfördermaßnahmen für Kinder bezüglich Motorik und Sprechen	15
Volksbewegungen (z. B. „Auf zum Kirschenessen nach Kalchreuth“)	15
Weitere Einzelempfehlungen	29
Gesamtpunktzahl	1904

Auch die Kronacher plädieren mit durchschnittlich 16 Prozent für einen viel größeren Präventionsaufwand. Es wird insgesamt deutlich, dass alle Bürgergutachter bis auf 9 einen höheren Anteil der Krankenkassenausgaben für Prävention vorsehen als jetzt (als die genannten 3 Prozent also).

Die Durchschnittswerte aller einzelnen Arbeitsgruppen und die Verteilung der Punkte auf die einzelnen Prozentsätze sind in zwei Schaubildern dargestellt.

Leistungen der Krankenkassen für Prävention

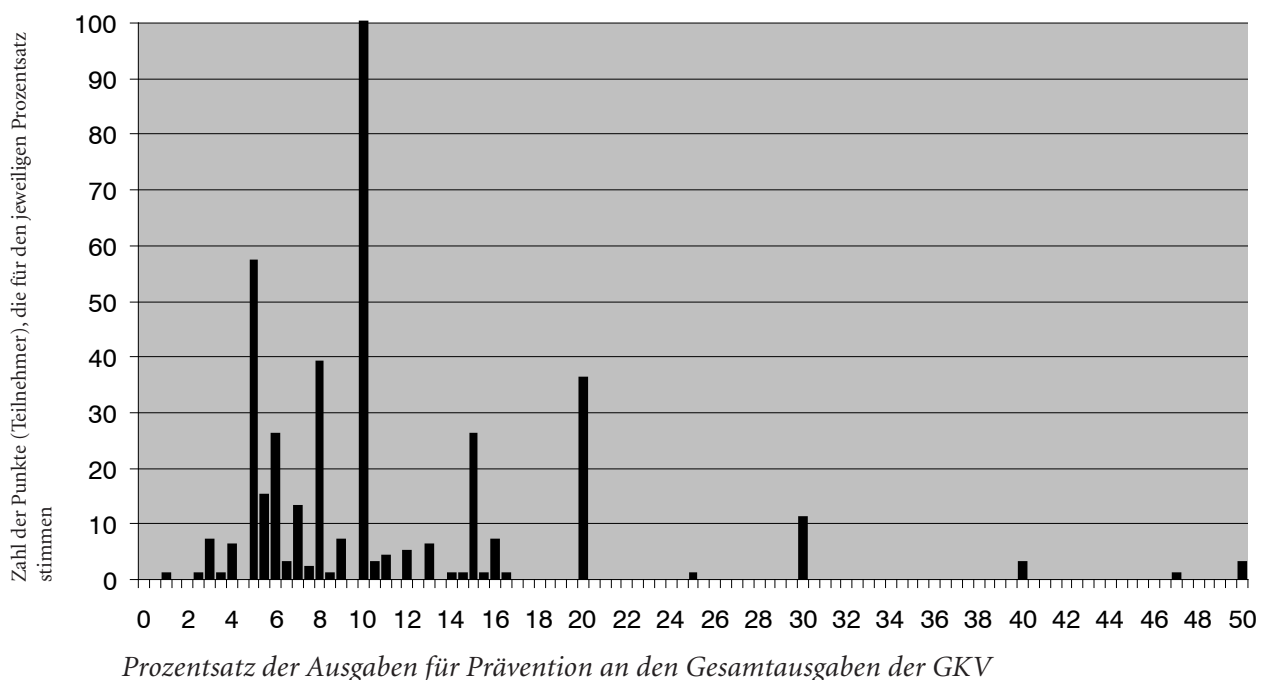
Wofür genau soll dieses Geld ausgegeben werden? An erster Stelle der Maßnahmen, die von den Krankenkassen (mit)finanziert werden sollen, stehen die **Vorsorgeuntersuchungen**. Eine drohende oder schon beginnende

Krankheit soll rechtzeitig erkannt werden, damit sie vermieden oder erfolgreich behandelt werden kann. Besonders gilt das für Krebserkrankungen, für die geeignete Untersuchungen angeboten werden müssten. Aber auch Untersuchungen in der Schwangerschaft, von Kindern und Jugendlichen, beim Zahnarzt, von Herz und Kreislauf sowie der Augen werden von einigen Bürgergutachtern hier ausdrücklich gefordert.

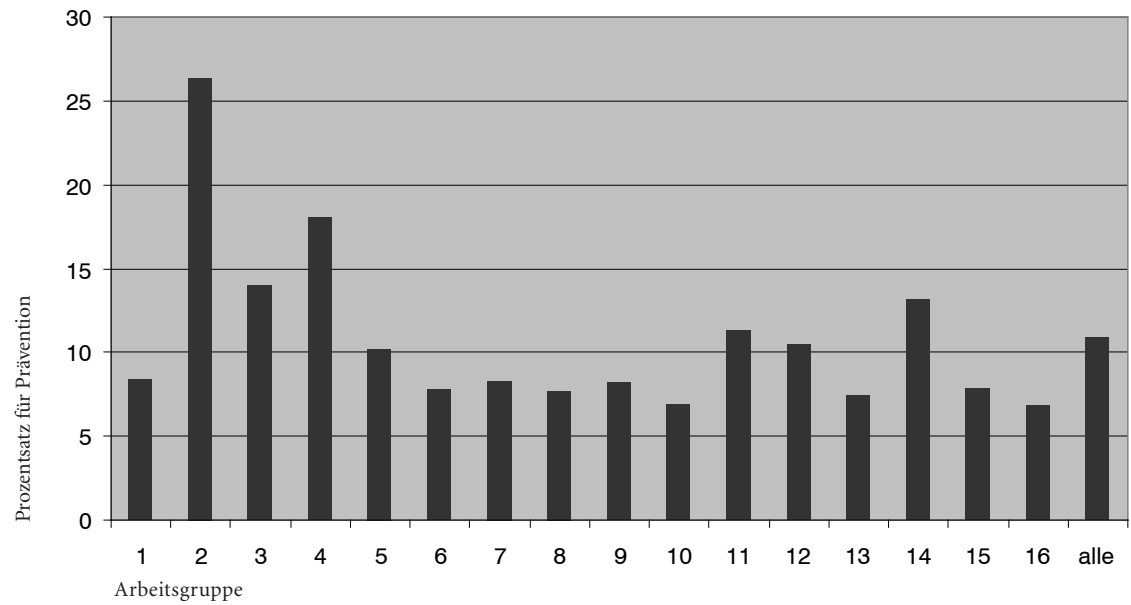
Kurse, Schulungen, Bildung und Aufklärung sollen stärker von der Krankenversicherung gefördert werden. Gedacht wird insbesondere an praktische, lebensnahe Kurse und Beratung, auch bezüglich Ernährung; einige Punkte erhielten dabei Angebote, die sich besonders an Kinder und Jugendliche wenden, auch in den Schulen.

Den Schutz vor Krankheiten durch **Impfungen** sollen die Krankenkassen ebenfalls durch (Mit-) Finanzierung erleichtern. Damit sind alle grundlegenden Impfungen gemeint, nicht jedoch solche, die auf Fernreisen benötigt werden.

Einige Bürgergutachter schlagen vor, auch im Feld „Sport und Bewegung“ finanzielle Unterstützung durch die Krankenkassen zu gewähren. Kuren sehen manche ebenfalls als geeignete Mittel der Vorbeugung und Gesunderhaltung; in Form von sogenannten Vorsorgekuren und Mutter-Kind-Kuren sollten sie von den Kassen mit Zuschüssen gefördert werden. Ein Ausbau der Alternativmedizin (Naturheilkunde, Homöopathie, Akupunktur) vermag für einige Teilnehmer ebenfalls präventiv zu wirken und ist deshalb zu unterstützen.



*Prozentsatz der Ausgaben für Prävention an den Gesamtausgaben der GKV:
Durchschnitte der einzelnen Arbeitsgruppen*



Arbeitseinheit 12

Offene Arbeitseinheit und Politikeranhörung

Die Arbeitseinheit 12 wies im Rahmen des durchgeführten Verfahrens eine Zweiteilung auf. Wegen der bayerischen Landtagswahl am 21. September 2003 und der nachfolgenden Neukonstituierung des Landtags und seiner Ausschüsse konnte an den ersten fünf Orten nicht die übliche Politikeranhörung mit Abgeordneten der im Landtag vertretenen Parteien stattfinden. In Landshut, Kronach, Neustadt an der Waldnaab, Traunstein und Bad Kissingen wurde deshalb eine sogenannte „offene Arbeitseinheit“ durchgeführt. Konkret heißt das, dass die Bürgergutachter zu selbst vorgeschlagenen Themen eigene Arbeitsgruppen bildeten. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen wurden nicht bepunktet und waren auch nicht direkt für das Gesamtverfahren verwertbar, da natürlich an verschiedenen Orten oft sehr verschiedene Themen aufgegriffen wurden. Der Zweck dieser „offenen Arbeitseinheit“ war es aber, den Bürgergutachtern Gelegenheit zu geben, im Laufe des Verfahrens aufgetauchte inhaltliche Fragestellungen eingehender miteinander zu besprechen und sich Klarheit über verschiedene Standpunkte zu verschaffen. Die daraus gewonnen Erkenntnisse konnten dann in die weitere Arbeit am Bürgergutachten einfließen. Folgende Themen wurden dabei von den Bürgergutachtern behandelt:



Landshut

Kostenkontrolle bei den Ärzten; Medizinische Technik – Segen oder Fluch? Sterbehilfe – Segen oder Fluch? Sterilisation; Alternativmedizin; Sucht und legale Drogen; Die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems; Kostenübernahme der GKV; Von der Region – für die Region; Was sollte von der GKV nicht bezahlt werden?

Kronach

Kassenärztliche Vereinigung; psychische – seelische Stärken finden und fördern; Eigenbereitschaft für Kostenselbstbeteiligung; Alternativmedizin; Gesundheitszeugnis; Vorschlag zur Verbesserung des Verhältnisses Arzt/GKV; Patientenkontrolle bei Abrechnung; Schulkinderbelastung; Preise der Pharmaindustrie; Kennzeichnungspflicht bei Le-

bensmitteln für Kinder; Vorsorge ist besser als Heilen; Sport und Gesundheit; Bürgerversicherung; Ernährung und Gesundheit

Neustadt an der Waldnaab

Prävention; Patient und Medikamente; Vorsorge; Alternative Heilmethoden; Vorsorge in Alten- und Pflegeheimen; Systemveränderungen im Gesundheitswesen; Naturheilverfahren; Praxisgebühr; Kontrollmechanismen für GKV

Traunstein

Alternativmedizin; Macht der Pharmaindustrie; Lebensführung – Konsumverhalten und Anspruchsdenken; Leistungsmissbrauch in der GKV; eigene Gesundheitsvorsorge; Gesundheitsförderung durch Krankenkassen; Was tut mit gut?



Bad Kissingen

Umweltverschmutzung; Nahrungsmittelkontrolle; soziales Jahr im Gesundheitswesen; Prävention; fernöstliche Medizin; Beitragssätze und Verwaltung in der GKV; Ganzheitsmedizin; Impfungen; Schulmedizin und Naturheilkunde; Beschädigten-Ausweis

neten des Landtags ins Gespräch kommen und auch die Politiker die Möglichkeit bekommen, in einen Dialog mit den Bürgergutachtern zu treten. Dabei können sie ihre gesundheitspolitischen Konzepte vorstellen.

In Starnberg, Nürnberg und Augsburg konnte dann die **Politikeranhörung** stattfinden. Zufällig zusammengesetzte Kleingruppen haben Fragen an die Politiker entworfen, die dann in mehreren Durchgängen gestellt werden konnten. Die Fragen wurden wie beim Verfahren „Bürgergutachten“ üblich nicht dokumentiert. Der Sinn der Arbeitseinheit besteht darin, dass die Bürger mit den sie vertretenden Abgeord-



Arbeitseinheit 13

Grundansätze im Gesundheitswesen

Den vierten Arbeitstag eröffnete ein sehr allgemeines, übergreifendes Thema. Hier ging es darum, über Grundsätzliches nachzudenken. Die Frage war, in welche Richtungen man weiterdenken soll, um das Gesundheitswesen auf lange Frist fortzuentwickeln.

Deutlich an erster Stelle steht die „Alternativmedizin“ im weiten Sinne. Die Schulmedizin soll sich besser mit der Naturheilkunde (auch diese ist weit zu verstehen) verbinden, sowohl grundsätzlich als auch in der Behandlung von Patienten. Auch die Krankenkassen sollen künftig naturheilkundliche Leistungen – auch von Heilpraktikern – finanziell mittragen (manche fordern, dass dann aber auch Erfolge nachgewiesen werden müssen). Um die Naturheilkunde und andere Ansätze zu fördern, müsste die Ausbildung der Heilpraktiker besser geregelt werden. Es könnte staatliche Prüfungen der Ausbildung und der Arbeitsqualität geben. Umgekehrt soll auch im Medizinstudium und in der ärztlichen Fortbildung die Naturheilkunde eine größere Rolle spielen, vielleicht sogar als Pflichtfach. Naturmedizin, bewährte Heil- und Hausmittel sollen besser gefördert werden, dazu ist auch Forschung nötig.

Mit deutlichem Abstand folgen weitere Punkte, die künftig bei der Diskussion um das Gesundheitswesen stärker zu berücksichtigen sind:

Es gibt unterschiedliche (grundsätzliche) Sicht- und Herangehensweisen im Gesundheitswesen. Worüber sollte besonders weiter nachgedacht werden?	Punkte
Integration und Förderung der Alternativmedizin (Naturheilkunde, Homöopathie, Akupunktur usw.) (darunter: Verzahnung von Schulmedizin und Alternativmedizin 239; (teilweise) Kostenübernahme durch die Krankenkassen 199; Qualitätsprüfung für Heilpraktiker 69; verstärkte Ausbildung der Mediziner 41)	662
Medikamente (darunter: Ausuferung der Macht der Pharmaindustrie stoppen: 70)	168
Bessere Honorierung eines längeren Arzt-Patienten-Gesprächs, mehr Zeit nehmen	140
Aus- und Fortbildung (der Ärzte)	123
Ganzheitliche Krankenbehandlung fördern	119
Eigenverantwortung (des Einzelnen)	68
Gesundheitserziehung von klein an (u. a. Besuche von Heilberuflern in Schulen und Kindergärten)	37
Mehrfachuntersuchungen und -behandlung vermeiden	33
mehr Gemeinschaftspraxen, Polikliniken (verschiedene Fachrichtungen)	29
Ursachenorientierung in Therapie und Gesundheitswesen (nicht nur Symptome lindern)	27
Weniger an das Verdienen denken, mehr Idealismus in der Medizin	24
Verwaltungsaufwand abbauen	24
Förderung der Forschung	24
Qualitätssicherung für Ärzte und Heilpraktiker („Ärzte-TÜV“)	22
Einrichtung einer Patientenvertretung, Verbraucherberatung im Gesundheitswesen	18
Seelische Gesundheit fördern	18
Nachweislich krankmachende Einrichtungen sollen verboten werden	18

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

– Fortsetzung –	Punkte
Prävention stärker gewichten	17
Selbstheilungskräfte (Krankheiten richtig ausheilen lassen, Medizin sanfter einsetzen)	14
Stärkung des Hausarztprinzips = Gesundheitsberater	13
Eine bessere Sterbekultur (Sterbehilfe gesetzlich gestalten)	13
Bestmögliche Behandlung aller Patienten, egal ob arm oder reich	11
Unabhängiges, lobbyfreies Medizinsystem	11
Patientenverfügung (bekannter machen)	10
Weitere Einzelanregungen	87
Gesamtpunktzahl	1 730

Um den Themenbereich „Medikamente“ gruppieren sich einige unterschiedliche Denkanregungen. Vor allem die Macht der Pharmaindustrie sei zu begrenzen. Über eine bessere Ausbildung, günstigere Preise und eine Eindämmung der Medikamentenflut sei außerdem nachzudenken. Mehr Zeit für längere Gespräche zwischen Patient und Arzt soll vor allem durch eine höhere Bezahlung der Ärzte für solche Gespräche ermöglicht werden. In solchen Gesprächen könnten die Ärzte den Ursachen einer Erkrankung besser auf die Spur kommen.



Fortbildung soll für Ärzte Pflicht sein; sie soll neutral, vor allem unabhängig von der pharmazeutischen Industrie geschehen. Theorie und Praxis sollen schon in der medizinischen Ausbildung besser verzahnt werden.



Nahe an den Empfehlungen zur Alternativmedizin liegen die Wünsche vieler Bürgergutachter, das Gesundheitswesen ganzheitlicher zu machen; ganzheitlich im Sinne der Betrachtung nicht nur der Krankheit, sondern des ganzen Menschen, also von Geist, Seele und Körper.



Eine Fülle von weiteren Punkten, an denen weiteres Nachdenken über Gesundheit und Krankheit und die Zukunft des Gesundheitswesens ansetzen könnte, geht über das hinaus, was hier im Einzelnen dargestellt werden kann.

Arbeitseinheit 14

Eigenverantwortung und Solidarität

In der Arbeitseinheit 14 sollten die Bürgergutachter die grundsätzliche Frage beantworten, was die Gemeinschaft für den Einzelnen die Prävention und Gesundheitsförderung betreffend tun soll und was der Einzelne selbst zu übernehmen bereit ist sowie für die Gemeinschaft tun soll. Ziel war dabei nicht die endgültige Klärung dieser schwierigen Frage. Die Bürgergutachter sollten vielmehr in dieser Arbeitseinheit die Möglichkeit haben, sich grundsätzliche Gedanken zu einer Abgrenzung/zum Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität zu machen; dies bereits im Hinblick auf das Gesamtkonzept, das in der Arbeitseinheit 15 zu entwerfen war.

Das Ergebnis zeigt klar, dass die **Bürger von der Gemeinschaft**, das heißt vom Gesundheitswesen, mehr Einsatz für die Prävention fordern. Es sollte mehr Angebote dazu geben, Prävention müsste insgesamt viel mehr im Mittelpunkt stehen. Am deutlichsten fordern dies die teilnehmenden Bürger in Kronach und Traunstein, während in Landshut und Bad Kissingen diese Forderung deutlich geringer bewertet wurde. Die zweitwichtigste Forderung ist die nach mehr Information und Aufklärung. Diese Forderung wurde am meisten in Starnberg und Nürnberg erhoben. In beiden Orten liegt sie sogar insgesamt an erster Stelle.

Welche Unterstützung soll das Gesundheitswesen dem Einzelnen für seine Prävention und Gesundheitsförderung geben?	Punkte
Mehr Prävention	452
Mehr Information und Aufklärung	436
Bonus-Systeme einführen	267
Bei Vorsorge und Impfungen keine Zuzahlung des Patienten	223
Ärzte sollten mehr Zeit für Patienten haben	84
Ganzheitliche und alternative Behandlungsmethoden sollten von den Krankenkassen bezahlt werden	40
Thema „Gesundheit“ in Schullehrplan aufnehmen	38
Gesundheitsfördernde Gestaltung des Arbeitsplatzes	36
Weniger Bürokratismus	35
Weiterhin Gewährleistung der Notfallversorgung	30
Mehr Transparenz und Übersichtlichkeit (z. B. bei Arzneimitteln)	25
Krankheit soll keine Existenzbedrohung sein	24
Schaffung einer „Patientenlobby“	21
Bezahlbare, einheitliche Zusatzversicherung als Angebot	20
(Schulungs-) Angebote zur Körperwahrnehmung	19
Gesundheitspass einführen	19
Kostensparender Agieren	18
Bessere Sicherung gegen Missbräuche	18
Zentrale Stelle für ganzheitliche Gesundheitsberatung	17
Packungsgrößen von Medikamenten überdenken	17
Gesundheit in den Vordergrund und nicht die Kosten	14
Ausbau des ambulanten Pflegedienstes	14
Mehr Lebensmittelkontrollen	11
Sonstige Einzelforderungen	13
Gesamtpunktzahl	1 891

Viele Bürger wollen auch die Einführung von Bonus-Systemen und die Zusicherung, dass für Vorsorge und Impfungen keine Zuzahlungen der Patienten fällig werden. Manche wünschen sich zudem, dass Ärzte mehr Zeit für die Patienten haben sollten.

Die Bürger erklären sich im Gegenzug bereit und fordern, **mehr Eigenverantwortung** zu leben. Dies wird besonders in Landshut und Starnberg deutlich. Sie sind darüber hinaus bereit, sich selbst an den Kosten zu beteiligen. Diese Bereitschaft wurde bemerkenswert stark in Kronach geäußert. Die Bürgergutachter sind auch bereit und verlangen von anderen, angebotene Präventionsmaßnahmen wahrzunehmen.

Ganz deutlich wird von den Bürgergutachtern betont, dass sich die Menschen mehr gegenseitig helfen und beistehen müssten. Das ehrenamtliche Engagement im Gesundheitswesen müsse verstärkt werden. Würde man diese beiden ziemlich ähnlichen Forderungen zusammenzählen, so wäre dies sogar der Punkt mit der insgesamt höchsten Bewertung. Die teilnehmenden Bürger sehen also in der aktiven, auch ehrenamtlichen, Mitarbeit aller ein wesentliches Gestaltungselement für das Gesundheitswesen.

Welche Unterstützung sollte die Gemeinschaft vom Einzelnen dafür verlangen?	Punkte
Mehr Eigenverantwortung leben	282
Bereitschaft zur Selbstbeteiligung entwickeln (z. B. über Bonus-Systeme)	265
Präventions- und Vorsorgemaßnahmen wahrnehmen	204
Menschen sollen sich gegenseitig helfen und unterstützen	177
Ehrenamtliche Tätigkeiten im Gesundheitswesen stärken	177
Selbst mehr Gesundheitsbewusstsein entwickeln	162
Vorbildfunktion von Eltern, Erziehern und Prominenten	146
Verantwortungsvoller und sparsamer Umgang mit Medikamenten und Hilfsmitteln	112
Keinen Missbrauch üben	76
Anspruchsdenken vermindern	66
Bereit sein, sich informieren zu lassen	41
Bewusstseinsschärfung für Umwelt	23
Familie ist der Grundbaustein	21
Langzeitarbeitslose sollen ihre Fähigkeiten dem sozialen Bereich zur Verfügung stellen	21
Blutspende und Organspende	18
Mehr Schulungen	16
Erhöhung des Krankenkassenbeitrags	16
Verantwortlich gegenüber der Gesellschaft und nicht asozial verhalten	16
Sozialhilfeempfänger sollen Beitrag zur Prävention leisten	16
Abgabe auf Suchtmittel an Krankenkassen abführen	10
Gegebenenfalls Anschluss suchen an Selbsthilfegruppen	10
Sonstige Einzelforderungen	7
Gesamtpunktzahl	1 882

Arbeitseinheit 15

Gesamtkonzept für eine präventionsorientierte Gesundheitsreform

Zum Abschluss ihrer viertägigen Arbeit am Bürgergutachten für Gesundheit entwarfen die teilnehmenden Bürger ein Gesamtkonzept für eine Reform des Gesundheitssystems, die es mehr auf Prävention und Gesundheitsförderung ausrichten soll. Alle Einzelaspekte, die in der viertägigen Arbeit behandelt worden waren, flossen hier zusammen; weitere Fragen und Themen wurden eingebracht, und Gewichtungen der wünschenswerten Ansätze wurden getroffen. Erst diese, die letzte Arbeitseinheit ergibt die Gesamtschau – das Gesamtkonzept, das die Bürgergutachter vorschlagen.

Dabei sollten auf der einen Seite **Maßnahmen** genannt werden, mit denen das Gesundheitswesen vom Krankenbehandlungs- zu einem echten *Gesundheits*-Wesen werden kann; auf der anderen Seite sollten die Bürgergutachter Vorschläge machen, wie die genannten Maßnahmen zu **finanzieren** seien. Es war schon aufgrund der begrenzten Zeit nicht möglich, Finanzierungsmethoden und -modelle in den vier Tagen des Bürgergutachtens ausführlich zu behandeln. Daher ging es bei den Finanzierungsvorschlägen nur um die Angabe einer groben Richtung. Die Bürger behielten im Auge, dass alles seinen Preis hat. (Ihre Finanzierungsvorstellungen finden sich in der ausführlichen Tabelle „Maßnahmen und Finanzierung“.)

Forderungen für die Gesundheitspolitik	Punkte
Mehr und bessere Prävention/Vorsorge	395
Verstärkte Aufklärung	254
Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen, mehr Schulsport	177
Eigenverantwortung (ver-)stärken	143
Bonus-Systeme einführen	114
Mehr alternative Heilmethoden, nicht nur Schulmedizin	85
Gesundheitspass einführen	74
Verbesserung der Arbeitsbedingungen	46
Umweltschutz verstärken, härtere Strafen bei Verstößen	46
Kontrollen verstärken	45
Bestehende Leistungen des Gesundheitswesens sollen erhalten bleiben	41
Gemeinnützige Arbeiten im Gesundheitswesen von arbeitsfähigen Bürgern, die keinen Kassenbeitrag leisten	39
Bewegung und Breitensport fördern	35
Mehr Transparenz im Gesundheitswesen	34
Bürgerversicherung einführen	33
Werbung für gesundheitsschädliche Produkte verbieten	29
Bessere Eingliederung von Randgruppen	28
Mehr Ursachenforschung bei Erkrankungen	27
Gesundheitssteuer auf gesundheitsschädliche Produkte, Inhaltsstoffe etc.	25
Häusliche Erziehung fördern	24
Ganzheitliche Betrachtungsweise in der Medizin	24
Ernährungserziehung ausbauen	20
Einrichtung von Patientenvertretungen im Gesundheitswesen mit gesicherter Einflussnahme auf Entscheidungen, „Patientenlobby“	19
Förderung des Verkaufs gesunder Lebensmittel	17

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

– Fortsetzung –	Punkte
Umstellung auf Grundversorgung und Modulsystem mit Wahlmöglichkeiten für Ausmaß und Umfang der Versorgung	17
Bei Extremsportverletzungen und Drogenkranken nur Grundversorgung	16
Mehr und bessere ärztliche Beratung	16
Mehr Fortbildung/Schulungen im Gesundheitswesen	13
Solidaritätszuschlag den Krankenkassen zukommen lassen	13
Förderung der ökologischen Landwirtschaft	13
Mehr Service in Apotheken (Gesundheitstests etc.)	12
Förderung der Geriatrie	12
Bessere Kontrolle der Medikamentenabgabe	12
Seniorenbetreuung verstärken	12
Billigerer ÖPNV	11
Umweltfreundliche Energieerzeugung	11
Zahnvorsorge in Kindergarten und Schule	11
Sonstige Einzelmaßnahmen	38
Gesamtpunktzahl	1981

Demzufolge stehen die *Maßnahmen* im Zentrum und sind als das *eigentliche Ergebnis* des Bürgergutachtens für Gesundheit anzusehen.

Klar an erster Stelle fordern die Bürgergutachter eine **verstärkte Prävention und Vorsorge** im Gesundheitswesen. Sie verstehen hierunter eine Neuorientierung: Es geht den Bürgern darum, Krankheiten zu verhindern, anstatt sie später mit hohem organisatorischem und finanziellem Aufwand behandeln zu

müssen. Unter dem Ausbau der Prävention verstehen die Bürger konkret etwa die Durchführung von Schutzimpfungen und Vorsorgeuntersuchungen, die Inanspruchnahme von Kuren und Reha-Maßnahmen. Hier sollte in den Augen der Bürger nicht an der falschen Stelle gespart werden. Wichtige Schutzimpfungen sollten zum Beispiel weiterhin von den Krankenkassen bezahlt werden. Überhaupt müsste es einen Einstellungswandel bei den Beteiligten geben. Es dürften nicht willkürlich Leistungen ge-

kürzt werden, sondern es sollten mehr die Folgewirkungen bedacht werden. Der Gedanke der Prävention muss mehr Bedeutung erlangen.

Damit Prävention wirklich greifen kann, bedarf sie natürlich auch der Eigenverantwortung und Mitarbeit der Bürger und Patienten. Wenn der Einzelne mehr für seine Gesunderhaltung tun soll, dann braucht er dafür ausreichende, klar verständliche und leicht verfügbare Information. Deshalb ist die zweite

Forderung der Bürgergutachter die nach mehr **Aufklärung**. Die Aufklärung sollte alle Medien umfassen, und alle Beteiligten im Gesundheitswesen sollten in diese Bemühungen eingebunden sein. Aufklärung ist nach der Meinung der teilnehmenden Bürger nicht nur eine Aufgabe des Staates, sondern auch Forderung an die Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Arbeitgeber und an die Industrie. Die gewünschten Mittel der Aufklärung reichen von Faltblättern bis hin zu Gesundheitsspots im Fernsehen. Bisher sehen die Bürger noch keine ausreichenden Anstrengungen auf diesem Gebiet, insbesondere sind sich ihrer Meinung nach etliche Entscheidungsträger im Gesundheitswesen und in den Medien nicht ihrer Verantwortung bewusst. Das betrifft besonders die Massenmedien.

Die dritte Forderung ist eine Konsequenz aus der zweiten. Die Bürgergutachter wollen **mehr Gesundheitserziehung** in Kindergarten und Schule. Wenn gesundheitsbewusstes Verhalten erfolgreich vermittelt werden soll, dann müsse damit möglichst früh angefangen werden. Im Kindergarten sollte damit schon in spielerischer Weise begonnen werden;

in der Schule dann müsse dies konsequent fortgesetzt werden. Hier werden die Kinder und Jugendlichen für ihr weiteres Leben geprägt. Es genügt nicht, den Kindern und Jugendlichen nur theoretisches Wissen zu vermitteln; wichtiger Bestandteil eines solchen Konzepts ist der Ausbau eines gesunden Sportunterrichts an den Schulen.

Dies weist auf die vierte Maßnahme hin, die den Bürgergutachtern in besonderer Weise wichtig erscheint. Es handelt sich um die Stärkung und die Verstärkung der **Eigenverantwortung jedes Einzelnen**. Die teilnehmenden Bürger sind bereit, selbst Verantwortung für ihre Gesundheit zu übernehmen, sich zum Beispiel gesünder zu ernähren und entstehende Kosten aus eigener Tasche zu bezahlen. Sie möchten diesen Willen zur Eigenverantwortung von anderen Beteiligten im Gesundheitswesen aber auch gestärkt und gewürdigt sehen. Eigenverantwortlich handeln kann nur der, der entsprechende Informationen besitzt und dem zum Beispiel von den Ärzten dies auch zugetraut wird. Der mündige Patient hat nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte.

Viele Bürgergutachter möchten die Eigenverantwortung durch **Bonus-Systeme** gewürdigt und honoriert sehen. Wer etwas für seine Gesundheit tut, der soll insgesamt finanziell besser gestellt sein als der, der nichts tut und sich auf die Therapiemöglichkeiten des Gesundheitssystems verlässt, die von allen zu bezahlen sind.

Diese fünf Maßnahmen stehen deutlich an der Spitze der gesamten Liste der Maßnahmen. Nur diese fünf Maßnahmen wurden mit unterschiedlichen Punktzahlen an allen Tagungsorten genannt und gefordert.

Danach nehmen die Punktzahlen deutlich ab. Größere Bedeutung haben nur noch Maßnahmen wie die stärkere Betonung von *alternativen Heilmethoden*: Die Schulmedizin dürfe nicht alles dominieren (deutliche Forderung in Landshut), und die allgemeine Einführung eines *Gesundheitspasses* (deutliche Forderung in Kronach), der Angaben zu Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen, Behinderungen, chronischen Krankheiten etc. enthält. Wenn man die Empfehlungen noch weiter zusammenfasst, verdeutlichen sich die Hauptbereiche



weiter: die Einwirkungen auf den Menschen durch Aufklärung, Gesundheits-, Ernährungs- und häusliche Erziehung zusammen stehen dann mit 475 Punkten an erster Stelle (24 %). An zweiter Stelle folgt die hohe Punktzahl von 395 (20 %) für die allgemeine Forderung nach mehr und besserer Prävention. Die Bonussysteme können als eine Möglichkeit verstanden werden, die Eigenverantwortung zu stärken; werden sie dieser Empfehlung zugerechnet, dann ergeben sich zusammen 257 Punkte (13 %).

Die Vorschläge zur Finanzierung sind je nach Maßnahme verschiedene. Insgesamt werden sehr häufig die Krankenkassen genannt. Als Beispiel einer neuartigen Finanzierungsmethode für Präventionsmaßnahmen kann eine (möglicherweise) zweckgebundene Abgabe oder Steuer auf gesundheitsschädliche Genuss- und Suchtmittel angeführt werden oder die Umleitung von solchen Steuern für Präventionszwecke.

Die beschriebenen Ergebnisse sind zusätzlich in mehreren Tabellen dargestellt: Eine Übersicht gibt die Tabelle „Maßnahmen für Präventionspolitik“ auf den Seiten 90 und 91. In ihr finden sich die empfohlenen Maßnahmen zusammengefasst und nach ihren Punktwerten geordnet. Die Gesamttabelle „Maßnahmen und Finanzierung“ gibt zu jeder Maßnahmenempfehlung die zugehörigen Finanzierungsvorschläge an, wiederum nach Punktzahlen

gereiht (ab der nächsten Seite). Einen Vergleich der Punktwerte der wichtigsten Maßnahmenempfehlungen nach Orten bringt eine Tabelle im Anhang. Schließlich sind *alle* Empfehlungen aller Kleingruppen in einer mehrseitigen Tabelle im Anhang I aufgelistet. Damit wird das Ergebnis besser nachvollziehbar, und es geht kein einzelner Vorschlag verloren, der möglicherweise interessant und originell ist, aber wenig Punkte erhalten hat.

Fazit

Eigenverantwortung ist das Leitwort. Sie muss gefördert und ausgeübt werden, vor allem durch Aufklärung und Erziehung. Mehr und bessere Angebote für Prävention und Vorsorge sind notwendig. Gesundheitspolitik ist breit anzulegen: Das Gesundheitssystem soll nicht nur in staatlicher Zuständigkeit sein; viele, zum Beispiel Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Journalisten, Ärzte, Vereine und Verbände können und sollen gemeinsam und vernetzt den Bürger in seiner Selbstverantwortung unterstützen.



Welche Maßnahmen empfehlen Sie, um das Gesundheitswesen mehr auf Prävention und Gesundheitsförderung auszurichten?		Wie und von wem sollen diese Maßnahmen finanziert werden?	
Maßnahmen	Punkte	Finanzierung durch	Punkte
Mehr und bessere Prävention/Vorsorge	395	Krankenkassen	170
		Staat	119
		Erhöhung von Tabak- und Alkoholsteuer	32
		Pflichtversicherung mit Eigenbeteiligung einführen	22
		Einsparungen vornehmen	20
		Industrie	16
		Bonus-System einführen	12
		Arbeitgeber	11
		Kostenreduktion durch Früherkennung	11
		Bürgerversicherung einführen	11
		Selbstbeteiligung	10
		Gesundheitslotto	7
		Risikoversicherung einführen	5
		Berufsgenossenschaften	3
Reduzierung der Zahl der Krankenkassen	3		

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

Verstärkte Aufklärung	254	Staat	67
		Krankenkassen	47
		Industrie	30
		Subventionsabbau	23
		Kürzungen von Diäten und Ministergehältern	17
		Zweckgebundene Steuern auf Suchtmittel	16
		Genussmittelsteuern	15
		Alkohol- und Tabaksteuern erhöhen	14
		Ärzte	10
		Verschlinkung des Gesundheitssystems	10
		Versicherte	8
		Kostensparnis	7
		Kirchen	6
Arbeitgeber	6		
Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen, mehr Schulsport	177	Staat	130
		Krankenkassen	10
		Träger der Einrichtungen	8
Eigenverantwortung (ver-)stärken	143	Kosten soll der Einzelne selber übernehmen	53
		Krankenkassen	17
		Bonus-System	17
		Praxisgebühr	10
		Mehrwertsteuer erhöhen	4
		Eigenverantwortung kann Kosten sparen	3

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

Bonus-Systeme einführen	114	Krankenkassen	68
		Kopfprämie	17
		Staat	13
		Erhöhung der Steuern auf Suchtmittel	13
		System trägt sich selbst	10
		Risikoversicherung	4
Mehr alternative Heilmethoden, nicht nur Schulmedizin	85	Krankenversicherung	44
		Einsparung von Arzneimitteln	14
		Staat	13
		Selbstbeteiligung	3
Gesundheitspass einführen	74	Krankenversicherung	37
		Staat	3
Verbesserung der Arbeitsbedingungen	46	Wirtschaft	31
		Arbeitgeber und Arbeitnehmer	6
		Krankenkassen	3
Umweltschutz verstärken, härtere Strafen bei Verstößen	46	Industrie	25
		Einnahmen durch Bußgelder	14
		Kommunen	6
		Erhöhung der Kfz-Steuer	5
		Staat	4
		Alle Bürger	3
Kontrollen verstärken	45	Staat	22
		Genussmittelsteuer	10
		Kassenärztliche Vereinigung	8
		Arztpraxis	6

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

Bestehende Leistungen des Gesundheitswesens sollen erhalten bleiben	41	Genussmittelsteuer	12
		Höhere Einkommen mehr belasten	12
		Risikogerechte Prämienversicherung einführen	11
		Anteile von Ökosteuer und Solidaritätszuschlag	7
		Reduktion der Zahl der Krankenkassen	6
		Krankenversicherung	6
		Zusatzversicherung für Risikosportler	4
Gemeinnützige Arbeiten im Gesundheitswesen von arbeitsfähigen Bürgern, die keinen Kassenbeitrag leisten	39	Kostenneutral durch Träger	16
Bewegung und Breitensport fördern	35	Alkohol- und Tabaksteuer verwenden	14
		Krankenversicherung	9
		Staat	8
		Kosten soll der Einzelne selbst übernehmen	2
Mehr Transparenz im Gesundheitswesen	34	Dadurch Einsparung von Kosten	15
Bürgerversicherung einführen	33	Arbeitgeber und Arbeitnehmer	8
		Staat	6
Werbung für gesundheitsschädliche Produkte verbieten	29	Keine Kosten	10
		Industrie	5
Bessere Eingliederung von Randgruppen	28	Pflegeversicherung	17
		Arbeitgeber	5
		Steuern	3
		Krankenkassen	2
Mehr Ursachenforschung bei Erkrankungen	27	Staat	22
Gesundheitssteuer auf gesundheits-schädliche Produkte, Inhaltsstoffe etc.	25	Dadurch werden Einnahmen erzielt.	18

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

Häusliche Erziehung fördern	24	Länger Erziehungsgeld bezahlen	8
		Subventionsabbau	5
Ganzheitliche Betrachtungsweise in der Medizin	24	Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigung	21
		Staat	8
		Krankenkassen	6
		Weniger Gerätemedizin	2
Ernährungserziehung ausbauen	20	Steuern	5
		Pharmaindustrie	5
		Ärzte	4
		Apotheker	4
Einrichtung von Patientenvertretungen im Gesundheitswesen mit gesicherter Einflussnahme auf Entscheidungen, „Patientenlobby“	19	Staat	7
		Krankenkassen	2
		Beitrag des Einzelnen	2
Förderung des Verkaufs gesunder Lebensmittel	17	Umschichtung der Agrarsubventionen	26
		Staat	3
Umstellung auf Grundversorgung und Modulsystem mit Wahlmöglichkeiten für Ausmaß und Umfang der Versorgung	17	Arbeitende Bevölkerung und Staat	10
Bei Extremsportverletzungen und Drogenkranken nur Grundversorgung	16	Zusatzversicherung	10
Mehr und bessere ärztliche Beratung	16	Mehr Geld an Arzt für Beratung	7
		Keine Folgekosten	2
		Zusatzversicherung	1
		Krankenversicherung	1
Mehr Fortbildung/Schulungen im Gesundheitswesen	13	Staat	4
Solidaritätszuschlag den Krankenkassen zukommen lassen	13		
Förderung der ökologischen Landwirtschaft	13	Staatliche Subventionen	6
		Kürzung der Subventionen für die konventionelle Landwirtschaft	1

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite

Mehr Service in Apotheken (Gesundheitstests etc.)	12	Apotheken	3
		Pharmaindustrie	3
Förderung der Geriatrie	12	Folgekosten werden dadurch vermieden	8
		Staat	4
		Industrie	4
Bessere Kontrolle der Medikamenten- abgabe	12	Einsparung durch Umschichtungen	13
Seniorenbetreuung verstärken	12	Ehrenamt	7
		Karitative Verbände	2
Billigerer ÖPNV	11	Betreiber	2
Umweltfreundliche Energieerzeugung	11	Unternehmen sollen zahlen	11
		Staat	10
Zahnvorsorge in Kindergarten und Schule	11	Zahnvorsorgesteuer auf Süßigkeiten einführen	12
		Krankenversicherung	2
		Zahnarzt	1
Förderung häuslicher Pflege	8	Pflegeversicherung	7
Förderung und Anerkennung von ehrenamtlichen Präventivmaßnahmen (z. B. Wasserwacht, Nachbarschaftshilfe etc.)	8	Staat	1
		Kommunen	1
Zutritt zu Kureinrichtungen auch ohne Verschreibung	7	Selbstbeteiligung	9
Doppeluntersuchungen vermeiden	6	Spart Kosten	5
Stärkung des Hausarztes als erste Anlaufstelle	3		
Lohnausfallversicherung	2		
Rauchverbot in der Öffentlichkeit	2		
Einrichtung einer Gesundheitszentrale, ähnlich der Verbraucherzentrale	2	Staat, Krankenversicherung und Eigenbeteiligung	1
Gesamtpunktzahl	1 981	Gesamtpunktzahl	1 833

